



Briefing Notes Zusammenfassung

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

Ghana – Juli bis Dezember 2024

31. Dezember 2024

22. Juli 2024

Entscheidung über Anti-LGBTIQ-Gesetz vertagt

Der Oberste Gerichtshof Ghanas hat am 17.07.24 eine Entscheidung über einen Antrag vertagt, der das Parlament daran hindern soll, das umstrittene Anti-LGBTIQ-Gesetz an Präsident Nana Akufo-Addo zur endgültigen Genehmigung zu übermitteln.

Zwei Klagen richten sich aktuell gegen die Verabschiedung der sogenannten „Promotion of Proper Human Sexual Rights and Ghanaian Family Values Bill“, die international wegen der Einschränkung der Menschenrechte stark kritisiert wurde. Die Hauptklage bestreitet die Verfassungsmäßigkeit des Gesetzes. Die zweite Klage beantragt eine einstweilige Verfügung, um den Parlamentssprecher, den Generalstaatsanwalt und den Parlamentsschreiber daran zu hindern, den Gesetzentwurf an Präsident Akufo-Addo zur Genehmigung zu übermitteln.

Der Oberste Gerichtshof erklärte, die für den 17.07.24 erwartete Entscheidung über die Anträge auf einstweilige Verfügung aufzuschieben und stattdessen eine vorgezogene Verhandlung über die ursprüngliche Hauptklage durchzuführen. Das Gericht wolle am Ende ein gemeinsames umfassendes Urteil fällen, das die Aspekte aus beiden Klagen behandle. Das Verfahren wurde auf unbestimmte Zeit vertagt. Medien vermuten, dass die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs bedeutet, dass die den politischen Diskurs beherrschende Debatte über das Gesetz aus dem Wahlkampf für die Präsidentschaftswahlen im Dezember 2024 herausgehalten werden soll.

Das Anti-LGBTIQ-Gesetz, das das ghanaische Parlament am 28.02.24 verabschiedete (vgl. BN v. 04.03.24), verschärft nicht nur die Strafen für gleichgeschlechtliche sexuelle Handlungen, sondern kriminalisiert ebenso die vorsätzliche Förderung, Begünstigung oder Unterstützung von LGBTIQ-Aktivitäten. Als nach der parlamentarischen Verabschiedung die Klagen vor dem Obersten Gerichtshof eingegangen waren, hatte Präsident Nana Akufo-Addo am 05.03.24 angekündigt, dass er dem Anti-LGBTIQ-Gesetz nicht zustimmen werde, solange dessen Verfassungsmäßigkeit nicht bestätigt worden sei. Er wolle warten, bis der Oberste Gerichtshof des Landes eine Entscheidung in der Angelegenheit getroffen habe (vgl. BN v. 11.03.24).¹

26. August 2024

Gericht verbietet geplante Proteste der ghanaischen Jugend

Das Oberste Gericht in Accra erteilte am 30.07.24 eine Unterlassungsanordnung, die es mehreren zivilgesellschaftlichen Organisationen untersagte, ihre geplanten Proteste durchzuführen. Wie Medien berichten, hatten die betroffenen Organisationen von 31.07. bis 06.08.24 mehrere Veranstaltungen und Demonstrationen geplant, bei denen sie mehr als 2 Mio. junge Menschen auf den Straßen Accras erwarteten. Die junge Generation Ghanas habe mit den geplanten Protesten gegen Missstände im Land, wie die hohen Lebenshaltungskosten oder

Korruption, von denen sie sich besonders betroffen fühlen, demonstrieren wollen. Zudem sollte staatliche Transparenz gefordert werden.

Am 25.07.24 hatte die ghanaische Polizei aus Sicherheitsbedenken den Antrag gestellt, dem das Oberste Gericht im Folgenden stattgegeben hat. Der Polizei zufolge verfügte diese nicht über das nötige Personal, um für Sicherheit zu sorgen, da Beamte zu politischen Kundgebungen im Rahmen des Wahlkampfs abgestellt worden seien. Die veranstaltenden Organisationen äußerten ihre Enttäuschung über die Entscheidung des Gerichts. Die Demonstration sei als friedliche und konstruktive Plattform für Dialog und Interessenvertretung gedacht gewesen. Man wolle nun alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um gegen die Anordnung vorzugehen.²

30. September 2024

Festnahmen bei Protesten gegen illegalen Bergbau

Die ghanaische Polizei hat am 21.09.24 bei einer Demonstration in der Hauptstadt Accra mehr als 40 Menschen festgenommen. Die zivilgesellschaftliche Gruppe Democracy Hub hatte einen dreitägigen Protest gegen die beklagte Misswirtschaft der Regierung geplant. Ein zentraler Punkt des Protests war auch der Umgang der Regierung mit illegalem Bergbau im Land.

Der weit verbreitete illegale Bergbau, auch „Galamsey“ genannt, birgt eine zunehmende Gefahr für das Land. Der unregulierte Abbau von Rohstoffen, insbesondere von Gold, zieht eine erhebliche Umweltbelastung und bereits jetzt die Verschmutzung von rd. 60 % der wichtigsten Wasservorkommen nach sich. Die Wassergesellschaft des Landes sah sich gezwungen, einige überforderte Wasseraufbereitungsanlagen zu schließen und das Wasser in Teilen des südlichen Ghana zu rationieren. Expertinnen und Experten befürchten, dass Ghana ab dem Jahr 2030 Wasser importieren müsste, wenn nicht effektiver gegen das Problem vorgegangen wird. Präsident Nana Akufo-Addo hat zwar den Einsatz von Polizei und Militär angeordnet, um gegen illegale Minen vorzugehen, jedoch hatte ein ähnlicher Ansatz im Jahr 2017 das Problem nicht gelöst. Dies habe die Protestierenden u.a. bewegt, mehr in Aktion zu treten.

Wie Medien berichten, beschuldigt die ghanaische Polizei einige der Demonstrierenden, während des Protests Beamte angegriffen zu haben. Democracy Hub wirft der Polizei wiederum vor, einen Angriff auf friedliche Demonstrierende inszeniert zu haben. Unter den Festgenommenen befindet sich auch der Aktivist Oliver Barker-Vormawor. Er hatte auch bei der Organisation der Proteste mitgewirkt. Gemeinsam mit elf weiteren Inhaftierten war er am 26.09.24 vor Gericht geladen. Er plädierte auf seine Unschuld in den Vorwürfen der unerlaubten Versammlung und des Angriffs auf einen Beamten. Ihm und den anderen Beschuldigten wurde jedoch eine Freilassung gegen Kautionsverwehrt. So bleiben die Inhaftierten zwei Wochen im Gefängnis, bevor sie erneut vor Gericht erscheinen werden.

Barker-Vormawor befindet sich derzeit in Behandlung in einem Polizeikrankenhaus. Seinem Rechtsbeistand zufolge hatte er in Haft bereits am 24.09.24 angegeben, dass er schwer krank sei. Die Polizei habe ihn aber nicht rechtzeitig medizinisch versorgt. Die Polizei hat diese Vorwürfe zurückgewiesen.

In den sozialen Medien fordern zahlreiche Ghanaerinnen und Ghanaer unter #FreeTheYouth und #FreeTheCitizens die Freilassung Barker-Vormawors und der anderen Inhaftierten.

Nach den wachsenden Forderungen nach einem schnellen Eingreifen der Regierung im Kampf gegen illegalen Bergbau, hat die ghanaische Regierung für den 30.09.24 einen landesweiten Lockdown verordnet.³

14. Oktober 2024

Demonstrationen wegen Anti-LGBTIQ-Gesetz

Hunderte Personen forderten bei einer Demonstration am 08.10.24 in Accra das endgültige Inkrafttreten des Anti-LGBTIQ-Gesetzes. Das Gesetz wurde am 28.02.24 vom ghanaischen Parlament verabschiedet und muss noch vom Präsidenten bestätigt werden (vgl. BN v. 04.03. u. 22.07.24). Die Demonstration wurde Medienberichten zufolge von einem Mitglied der Oppositionspartei National Democratic Congress (NDC) angeführt. Das umstrittene Anti-LGBTIQ-Gesetz verschärft nicht nur die Strafen für gleichgeschlechtliche sexuelle Handlungen, sondern kriminalisiert ebenso die vorsätzliche Förderung, Begünstigung oder Unterstützung von LGBTIQ-Aktivitäten. Präsident Nana Akufo-Addo hatte bereits am 05.03.24 angekündigt, dass er dem Gesetz nicht zustimmen werde,

solange dessen Verfassungsmäßigkeit nicht bestätigt worden sei. Er wolle warten, bis der Oberste Gerichtshof des Landes eine Entscheidung in der Angelegenheit getroffen habe (vgl. BN v. 11.03.24). Laut Befürwortern des Gesetzes würde Nana Akufo-Addo dem internationalen Druck nachgeben, um den Verlust von Finanzmitteln zu verhindern.⁴

Weitere Proteste gegen illegalen Bergbau

Bischöfe des Erzbistums Accra haben am 11.10.24 gemeinsam mit hunderten Personen, u.a. katholischen Gemeindemitgliedern und zivilgesellschaftlichen Gruppen, in Accra gegen den illegalen Goldabbau Galamsey protestiert und eine Petition für ein Verbot des illegalen Bergbaus eingereicht, um gegen die nach ihren Aussagen gefährliche und umweltschädliche Praxis vorzugehen.

Auch vom 03.10. bis 05.10.24 hatten tausende Personen in Accra für ein Ende des illegalen Goldabbaus Galamsey demonstriert. Bei einer weiteren Demonstration am 21.09.24, die von der zivilgesellschaftlichen Gruppe Democracy Hub organisiert worden war, hatte die ghanaische Polizei in Accra mehr als 40 Personen festgenommen (vgl. BN v. 30.09.24).

Der weit verbreitete illegale Bergbau birgt eine zunehmende Gefahr für das Land. Der unregulierte Abbau von Rohstoffen, insbesondere von Gold, zieht eine erhebliche Umweltbelastung und bereits jetzt die Verschmutzung von rd. 60 % der wichtigsten Wasservorkommen nach sich. Die Wassergesellschaft des Landes sah sich gezwungen, einige überforderte Wasseraufbereitungsanlagen zu schließen und das Wasser in Teilen des südlichen Ghana zu rationieren. Expertinnen und Experten befürchten, dass Ghana ab dem Jahr 2030 Wasser importieren müsste, wenn nicht effektiver gegen das Problem vorgegangen werde. Präsident Nana Akufo-Addo hat zwar den Einsatz von Polizei und Militär angeordnet, um gegen illegale Minen vorzugehen, jedoch hatte ein ähnlicher Ansatz im Jahr 2017 das Problem nicht gelöst. Die Regierung steht Medienberichten zufolge angesichts der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen am 07.12.24 unter Druck zu Handeln.⁵

28. Oktober 2024

Präsident unterzeichnet Gesetz zur Gleichstellung der Geschlechter

Am 19.09.24 unterzeichnete Präsident Akufo-Addo mit dem Affirmative Action (Gender Equality) Act 2024 ein Gesetz zur Gleichstellung der Geschlechter, welches sich bereits seit dem Jahr 1998 im Gesetzgebungsprozess befunden hatte. Das ghanaische Parlament hatte das Gesetz im Juli 2024 verabschiedet. Das Gesetz soll eine Beteiligung von Frauen am öffentlichen Leben durch mindestens 30 % bis 50 % der Positionen, u.a. in Regierung und Wirtschaft, bis zum Jahr 2030 sicherstellen. Auch verbale Angriffe, Diskriminierungen und Einschüchterungen von Mitarbeitenden auf Basis des Geschlechts sind unter Strafe verboten. Die tatsächliche Umsetzung des Gesetzes bleibt abzuwarten.⁶

04. November 2024

Zeitweises Niederlegen der parlamentarischen Arbeit nach Rechtsstreit

Das ghanaische Parlament hat am 22.10.24 seine Arbeit zunächst niedergelegt, nachdem ein interner Rechtsstreit ausgebrochen war. Wie Medien berichten, beruhte der Streit im Parlament auf einem Konflikt zwischen Parlamentsmitgliedern der Regierungspartei New Patriotic Party (NPP) und der größten Oppositionspartei National Democratic Congress (NDC). Vier Abgeordnete (drei der NPP und einer der NDC) hatten Mitte Oktober 2024 bekanntgegeben, bei den bevorstehenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen am 07.12.24 als parteiunabhängige Kandidaten antreten zu wollen.

Der Parlamentspräsident, selbst ein Mitglied der NDC, erklärte die vier Parlamentssitze daraufhin am 17.10.24 als vakant, da das Gesetz einen Parteiwechsel während der Amtszeit verbiete. Diese Entscheidung ließ die Parlamentsmehrheit zugunsten des NDC kippen.

In der nächsten Parlamentssitzung entbrannte ein Streit um die offizielle Parlamentsmehrheit, die nun der NDC für sich beanspruchte. Jegliche parlamentarischen Aktivitäten wurden daraufhin abgebrochen.

Die Regierungspartei beschuldigte den Parlamentspräsidenten der Befangenheit und wandte sich an den Obersten Gerichtshof.

Am 30.10.24 ordnete der Oberste Gerichtshof in Accra dann an, der Parlamentspräsident müsse seine Entscheidung, die vier Sitze als vakant zu deklarieren, zurücknehmen. Auf Basis der ghanaischen Verfassung erklärte das Oberste Gericht, dass das Überlaufen von Abgeordneten zu anderen Parteien während der Amtszeit verboten sei, da es das Vertrauen der Wähler in die Abgeordneten untergrabe und zu Instabilität im Parlament führe. Nach dieser Entscheidung des Obersten Gerichts erlangte die Regierungspartei NPP ihre Mehrheit im Parlament zurück.⁷

25. November 2024

Wahlvorbereitungen; Oppositionsführer in Umfragen vorne

Das Meinungsforschungsinstitut Global Info Analytics in Accra hat am 11.11.24 Umfragewerte zu den anstehenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen veröffentlicht, nach denen Ghanas wichtigster Oppositionsführer des National Democratic Congress (NDC), John Dramani Mahama, mit 52 % der Stimmen vor dem Vizepräsidenten und Präsidentschaftskandidaten der Regierungspartei New Patriotic Party (NPP), Muhamudu Bawumia, mit rd. 41 % der Stimmen läge. Mahama war bereits von 2012 bis 2017 Präsident des Landes.

Die Hauptthemen der diesjährigen Wahlen werden Wirtschaft, Arbeitsplätze, Bildung und Infrastruktur sein. Die Bürgerinnen und Bürger sorgen sich vor allem um die steigenden Lebenshaltungskosten durch die anhaltende Inflation. Besonders die hohe Arbeitslosigkeit unter jungen Menschen lässt viele dieser Menschen nach Chancen im Ausland suchen. Illegaler Bergbau und die dadurch entstehende Wasserverschmutzung hatte zuletzt noch tausende Menschen zu Demonstrationen auf die Straßen geführt und ist auch für die Wahlen weiterhin ein zentrales Thema (vgl. BN v. 30.09. u. 14.10.24).

Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen sind für den 07.12.24 angesetzt. Zwölf Präsidentschaftskandidaten werden sich zur Wahl stellen. Realistische Chancen auf einen Sieg haben jedoch, wie bei vorherigen Wahlen auch, lediglich die Kandidaten der zwei größten Parteien NPP und NDC. In der Region ist Ghana für seine gefestigte Demokratie und geordnete Machtwechsel bekannt.⁸

02. Dezember 2024

Wahlvorbereitungen: Kollektiv zur Faktenprüfung gegen Falschinformationen

Die drei Organisationen zur Faktenprüfung Fact-Check Ghana, GhanaFact und Dubawa Ghana haben sich erstmals vor den anstehenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen am 07.12.24 zu einem gemeinsamen Kollektiv zusammengeschlossen. Die neu gegründete Ghana Fact-Checking Coalition (GFC) habe das Ziel, besser gegen die Verbreitung von Falschinformationen vorzugehen und die Integrität der Wahlen zu gewährleisten. Die GFC vereint über 50 Faktenprüfende, die über ganz Ghana verteilt sind und die Medienschaffende insbesondere in abgelegenen Gegenden trainieren und sensibilisieren. Außerdem bestehen Partnerschaften mit rd. 100 Medien, die die überprüften Nachrichten in lokale Sprachen übersetzen. Für die meisten Ghanaerinnen und Ghanaer sind traditionelle Medien weiterhin die Hauptinformationsquelle.

Die bereits bestehende Koalition der inländischen Wahlbeobachter (CODEO) kündigte ebenfalls an mit der GFC zusammenzuarbeiten. Laut den Organisationen nehme die Verbreitung von Fehlinformationen zu und stelle eine erhebliche Bedrohung für die demokratischen Prozesse und deren Stabilisierung dar.⁹

09. Dezember 2024

Parlaments- und Präsidentschaftswahlen: Gewinn für Oppositionspartei NDC

Ghana hat am 07.12.24 weitestgehend friedlich die angekündigten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen abgehalten. Ersten Hochrechnungen und Medienberichten zufolge konnte die Oppositionspartei National Democratic Congress (NDC) sowohl in der Parlaments- als auch in der Präsidentschaftswahl einen Gewinn einholen. Demnach habe sich Ghanas ehemaliger Präsident John Dramani Mahama (im Amt von 2012 bis 2016) gegen seinen Konkurrenten der Regierungspartei New Patriotic Party (NPP), den derzeitigen Vizepräsidenten Mahamudu Bawumia, durchsetzen können. Die Wahlkommission (EC) hat noch keine offiziellen Wahlergebnisse bekanntgegeben. Laut der EC verzögere sich die Auszählung der Ergebnisse, weil Anhängerinnen und Anhänger der

beiden großen Parteien den Prozess behinderten. Es sei an mehreren lokalen Auszählungszentren zu Handgreiflichkeiten gekommen. Die EC habe die Polizei um Unterstützung gebeten. In einer Pressekonferenz am 08.12.24 hat Präsidentschaftskandidat Bawumia jedoch bereits vor den offiziellen Ergebnissen seine Niederlage eingeräumt und berichtet, er habe Mahama telefonisch zum Sieg gratuliert. Er habe sich für dieses Zugeständnis entschieden, um weitere Spannungen im Land zu vermeiden.¹⁰

16. Dezember 2024

Ergebnis und Unruheherde nach den Wahlen

Am 09.12.24 hat die ghanaische Wahlkommission das endgültige Ergebnis der Präsidentschaftswahlen vom 07.12.24 (vgl. BN v. 09.12.24) bekanntgegeben. Mit 56,55 % der Stimmen konnte sich John Mahama von der Partei National Democratic Congress (NDC) gegen seinen wichtigsten Konkurrenten, den Vizepräsidenten und Kandidaten der Regierungspartei New Patriotic Party (NPP), Mahamudu Bawumia, durchsetzen. Bawumia erhielt 41,01 % der Stimmen. Der Wahlkommission zufolge sei die Wahlbeteiligung mit nur 60,9 % rd. 20 % niedriger gewesen als bei den letzten Wahlen im Jahr 2020.

Am 11.12.24 haben sich der amtierende Präsident Nana Akufo-Addo und der zukünftige Präsident Mahama in Accra getroffen, um die Planung einer reibungslosen Übergabe zu beginnen. In diesem Zusammenhang stellten sie auch das sogenannte Übergangsteam (engl.: Transition Team) vor. Die Einführung des Transition Teams ist im Presidential (Transition) Act von 2012 festgehalten und bestimmt, dass das Team aus Mitgliedern der alten Regierung und aus dem Lager des neuen Präsidenten zusammengesetzt werden muss und gemeinsam die friedliche Machtübergabe organisiert. Diese ist für den 07.01.25 geplant. Mahama betonte, wie wichtig eine friedliche Machtübergabe für Ghana sei. Trotz aller Widrigkeiten, denen das Land aktuell begegne, solle Ghana weiterhin ein Leuchtfeuer der Demokratie in Afrika bleiben.

Obwohl die Wahlen größtenteils reibungslos abgelaufen waren, hatte es trotzdem kleinere Unruheherde gegeben. Medienberichten zufolge hatte die Polizei insgesamt 30 Personen wegen des Verdachts der Gewalt nach den Wahlen festgenommen. In neun Wahlkreisen sei es nicht möglich gewesen, die Wahlzettel einzusammeln, da die Auszählungsstellen von Parteimitgliedern belagert worden seien. Einfluss auf das Wahlergebnis hätte dies jedoch nicht gehabt. In Ksoa (Central Region) sei es am Wahltag zu einer gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen Zivilpersonen gekommen, bei der eine Person durch Schüsse getötet und eine weitere verletzt worden sei. Die Polizei habe auch in diesem Zusammenhang vier Verdächtige festnehmen können.¹¹

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration
Briefing Notes
BN-Redaktion@bamf.bund.de

-
- 1 Accra Times: Anti-LGBTQ Lawsuits. Ghana's Supreme Court Sets July 17 to Rule on Injunction, 03.07.24; Accra Times: Anti-LGBTQ Lawsuits. Ghana's Supreme Court to Hold an Early Trial as it Postpones Rulings on Injunctions, 17.07.24; BBC News Pidgin: Supreme Court delay judgement on injunction applications against anti-LGBTQ bill for Ghana, 17.07.24; Channels Television: Ghana Supreme Court Defers Ruling On Anti-LGBTQ Bill, 17.07.24.
 - 2 Ghana Web: Gen-Z Demo. High Court grants injunction against 7-day protest, 30.07.24; Pulse Ghana: High Court restrains PTAAM-GH and other CSOs from holding planned demonstration, 31.07.24; Reuters: Ghana court bans planned protests against cost of living, 31.07.24.
 - 3 Africanews: Ghana police arrest dozens of protesters denouncing the government's handling of the economy, 24.09.24; Africanews: Nationwide lockdown looms as Ghana battles illegal mining crisis, 25.09.24; BBC News: Arrested Ghanaian activist taken to hospital, 26.09.24; BBC News: 'Seriously ill' Ghanaian activist denied bail, 27.09.24; Global Voices: Ghanaians rally online demanding justice for citizens arrested in protests against illegal gold mining, 27.09.24.
 - 4 Africa News: Controversy surrounds Ghana's unpassed anti-LGBTQ law, 09.10.24; Pink News: Protesters in Ghana urge supreme court to approve anti-LGBTQ+ bill, 10.10.24; Ghana Web: Delay in Anti-Gay Bill Approval: Proponents give 2-week ultimatum for judgment to be delivered, 09.10.24; Ghanaian Times: Anti-LGBTQ+ protest hits Accra, 09.10.24.

-
- 5 Reuters: Hundreds march against Ghana's damaging informal gold mining boom, 11.10.24; Africa News: Ghana: Catholic Church takes stand against illegal mining also known as 'Galamsey', 13.10.24; Africa News: Thousands demonstrate in Accra against illegal mining in Ghana, 06.10.24.
 - 6 BBC News: Sigh of relief for Ghana's (not-so) new gender equality law, 20.09.24; Deutsche Welle: Ghana's new equality law. What's in it for women?, 10.10.24.
 - 7 Accra Times: Speaker Declares Four Seats Vacant. NDC Holds Majority in Parliament, 17.10.24; BBC News: Ghana's parliament suspended after chaotic scenes, 22.10.24; France 24: Explaining a dramatic week in Ghanaian politics, 24.10.24; Le Monde: Au Ghana, le parti au pouvoir va retrouver sa majorité parlementaire après une décision de la Cour suprême, 31.10.24; RFI: Ghana. Le Parlement suspendu pour une durée indéterminée à cause d'un différend juridique, 23.10.24; VOA: Daybreak Africa: Ghana's Supreme Court overturns ruling that closed parliament, 31.10.24.
 - 8 BBC News: From political outsider to Ghana's 'Mr Digital', 19.11.24; BBC News: Gold, prices, and jobs: What's at stake in Ghana's elections?, 12.11.24; BBC News: The former president seeking to lead Ghana once more, 20.11.24; Reuters: Main Ghana opposition leader tipped to win presidential vote, poll shows, 11.11.24.
 - 9 Ghana Fact: Election 2024: CODEO collaborates with Ghana Fact-Checking Coalition to combat misinformation, 27.11.24; RFI: Ghana: création d'un collectif de «fact-checkers» avant la présidentielle du 7 décembre, 27.11.24.
 - 10 BBC: Opposition wins Ghana presidential election, vice-president says, 08.12.24; France 24: Ghana opposition claims winning presidential election, 08.12.24; Reuters: Ghana's former president wins election, 08.12.24; VOA: Ghana ruling party candidate concedes in presidential election, 08.12.24.
 - 11 CGTN: Ghanaian police arrest 30 suspects in post-election violence, 09.12.24; Modern Ghana: #Election2024. About 60% of results received at Collation Centres. EC, 08.12.24; Modern Ghana: #Election2024. NPP urges supporters to cooperate with Police, EC to protect ballot papers, 08.12.24; Modern Ghana: #Election2024. Police arrest four over Kasoa tragic shooting incident, 08.12.24; Modern Ghana: Mahama urges Transition Team to work expeditiously, 11.12.24; RFI: Ghana. Jane Naana Opoku-Agyemang, première femme au poste de vice-présidente, 11.12.24; RFI: Ghana. Les présidents sortant et élu se rencontrent pour assurer une transition fluide, 11.12.24; RFI: Présidentielle au Ghana. John Mahama vainqueur avec 56% des voix, selon la Commission électorale, 10.12.24.

Impressum

Herausgeber

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge,
90461 Nürnberg

ISSN

2943-1131

Stand

12/2024

Druck

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Gestaltung

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Bestellmöglichkeit

Publikationsstelle Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
www.bamf.de/publikationen

Sie können diese Publikation auch als barrierefreies PDF-Dokument herunterladen.

Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags-, und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

www.bamf.de